



Düsseldorfer Institut für Aussen- und Sicherheitspolitik
Duesseldorf Institute for Foreign and Security Policy

Glenn R. Gassen

Finnland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungs- politik (ESVP)

DIAS ANALYSE
Nr. 19 April 2007

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Glenn R. Gassen

geboren 1982 in Dormagen, studiert seit 2002 Neuere Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Von April 2004 bis August 2005 war er als Projektmitarbeiter in der Forschungsinitiative NRW in Europa (FINE) an der HHU-Düsseldorf tätig. Im Herbst 2005 hatte Glenn R. Gassen einen Studienaufenthalt an der Turun Yliopisto (Universität von Turku/Finnland) und absolvierte anschließend ein Forschungspraktikum in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) mit den Schwerpunkten finnische Europapolitik und Ratspräsidentschaft 2006. Seit Januar 2007 ist Glenn R. Gassen erneut Projektmitarbeiter in der Forschungsinitiative NRW in Europa (FINE) und beendet an der HHU Düsseldorf sein Studium mit europapolitischem Schwerpunkt.

Glenn R. Gassen erreichen Sie über glenn.gassen@uni-duesseldorf.de.

Glenn R. Gassen
Finnland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).
DIAS-Analyse Nr. 19, Düsseldorf, April 2007

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2007, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
1. Nationalgeschichte und Neutralität Finnlands	3
2. Finnland und die Entwicklung der ESVP.....	6
2.1 Beitritt zur Europäischen Union	6
2.2 Vertrag von Amsterdam	6
2.3 Die Europäische Rat von Köln und Helsinki	7
2.4 Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE)	8
2.5 Headline Goal 2010	8
2.6 Die finnische Ratspräsidentschaft 2006	9
3. Die offizielle Position zur ESVP.....	10
4. NATO-Mitgliedschaft.....	11
Schlusswort.....	12

Einleitung

Zum 1. Juli 2006 hatte die Republik Finnland den Vorsitz des Rates der Europäischen Union (EU) angetreten. Entgegen jeder vorher festgelegten Programmatik wurde die ESVP mehr als gewollt zu einem zentralen Thema der finnischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2006.¹ Mögen die Ereignisse, die dazu führten, im Falle des EUFOR-Einsatzes im Kongo noch absehbar gewesen sein,² so entwickelte sich der Krieg zwischen Israel und der Hisbollah in der Jahresmitte 2006 eher überraschend. Während dieser Geschehnisse standen die drei größten EU-Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Mittelpunkt der europäischen Aktivitäten. Da die EU jedoch aus mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten besteht, erfordert eine erfolgreiche ESVP mehr als nur das Engagement dieser Drei. Daher widmen sich die folgenden Ausführungen nicht den Großen der EU, sondern dem Land, das vor kurzem den Vorsitz der EU führte und zu den kleinsten Mitgliedern gehört – der Republik Finnland. Diese Arbeit wird das Profil Finnlands in der ESVP vorstellen und dabei fragen, was von Finnland zu erwarten ist. Dazu muss zum einen geklärt werden, welchen Standpunkt das Land vertritt, wie es sich bisher verhalten hat, wo seine Grenzen liegen und welche Perspektiven bestehen.

Da das kleine skandinavische Land ein militärisch neutraler Staat ist, stellt sich zunächst die grundsätzliche Frage nach der Vereinbarkeit von Neutralität und finnischem Engagement in der ESVP. Um sich dem anzunähern, ist es notwendig die Hintergründe der finnischen Neutralität zu ergründen. Daher wird das erste Kapitel einen Einblick in die finnische Nationalgeschichte geben.

Daran anschließend wird im zweiten Kapitel das Verhalten der finnischen Regierung seit dem EU-Beitritt 1995 in Fragen der ESVP genauer analysiert. Bis zur Ratspräsidentschaft 2006 werden die Entwicklungen der ESVP und die finnische Politik dazu betrachtet. Anhand dessen werden das Verhaltensmuster Finnlands und die Grenzen des finnischen Engagements deutlich.

Das dritte Kapitel wird die offizielle Position Finnlands zur ESVP zum Gegenstand haben. Hierfür wird die Stellungnahme des finnischen Ministerpräsidenten Vanhanen zum Finnish Defence and Security Report 2004 vor dem Parlament herangezogen, um den Standpunkt der finnischen Regierung zu verdeutlichen, aber auch kritisch zu hinterfragen.

Das fünfte Kapitel stellt die Frage einer NATO-Mitgliedschaft in den Mittelpunkt. Wie sich zeigen wird, ist die Perspektive dieser Angelegenheit richtungsweisend für das weitere Engagement Finnlands in der ESVP.

Als Quellen konnten verschiedene englischsprachige Internetseiten genutzt werden. Hier ist zum einen die englische Online-Ausgabe der Helsingin Sanomat, der größten finnischen Tageszeitung, zu nennen. Weiter stehen Pressemeldungen und eine Vielzahl von Dokumenten der finnischen Staatsorgane im Internet zur Verfügung. Die Internetpräsenzen der EU bieten ebenso eine Vielzahl von Dokumenten zur finnischen Europapolitik in englischer, französischer und deutscher Sprache an. Außerdem konnte eine breite Basis von Sekundärliteratur zu Geschichte, Politik und Gesellschaft Finnlands herangezogen werden. Mit Aspekten der ESVP für Finnland im Speziellen beschäftigt sich seit mehreren Jahren das finnische Ulkopoliittinen Instituutti (Finnisches Institut für Internationale Angelegenheiten), dessen Veröffentlichungen im Internet zugänglich sind. Hervorzuheben sind weiter die Einschätzungen von Max Jakoson, ehemaliger ständiger Vertreter Finnlands bei den Vereinen Nationen (VN), in seiner Monographie „Finnland im neuen Europa“.

¹ Vgl. The Economist: Just a moment, or possibly more. 02.09.06. S. 29.

² Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition): Finland may have to organise DR Congo mission holder of EU Presidency. 30.01.06. <http://www.hs.fi/english/print/1135218561598> (eingesehen am 15.09.06).

1. Nationalgeschichte und Neutralität Finnlands

Das wichtigste Datum in der finnischen Nationalgeschichte ist der 6. Dezember 1917. An jenem Tag wurde vom späteren ersten Präsidenten der Republik Finnland, Kaarlo Juho Ståhlberg, die formale Unabhängigkeitserklärung im Suomen Eduskunta (Reichstag von Finnland) verkündet. Darauf folgte ein viermonatiger Bürgerkrieg zwischen Roten und Weißen Garden, ein vom Eduskunta gewählter preußischer König von Finnland und 1919 schließlich die Gründung der Republik Finnland, die seitdem ununterbrochen besteht.³

Die finnische Unabhängigkeit wird von den Finnen an jedem 6. Dezember mit Kerzen in den Fenstern, Militärparaden und einem Empfang bei der/dem Präsidentin/Präsidenten⁴ gefeiert.⁵ In der finnischen Geschichte ist die Unabhängigkeit keine Selbstverständlichkeit. Finnland wurde erst im 12. Jahrhundert von Schweden ausgehend erschlossen und stand bis 1809 unter schwedischer Herrschaft.⁶ Noch heute sind etwa 6 Prozent der finnischen Bevölkerung schwedischsprachig und genießen umfangreiche Minderheitenrechte. Für die finnische Geschichte waren soziale und politische Konflikte zwischen schwedisch- und finnischsprachigen Finnen im 19. Jahrhundert, wie etwa der Streit um die offizielle Amtssprache, sehr nachhaltig.⁷ Bis heute ist in der finnischsprachigen Bevölkerung das Gefühl nachhaltiger schwedischer Kulturdominanz präsent. Schwedischsprachige Einrichtungen wie das Svenska Teater oder die Åbo Akademi sind bedeutsame Symbole schwedischer Kultur in Finnland.⁸

Vom frühen 18. Jahrhundert an wurde Schweden, die damalige Großmacht Nordeuropas, durch die russische Expansion allmählich aus dem Baltikum und dem heutigen Finnland verdrängt.⁹ Der schwedischen Herrschaft folgte 1809 die Russische. Während des 19. Jahrhunderts bis zur Unabhängigkeit 1917 entwickelte sich das finnische Nationalgefühl. Zar Alexander I. sprach in seinem Erlass im Landtag von Porvoo im Jahre 1809 erstmals indirekt von einer finnischen Nation, Finnland wurde Großherzogtum.¹⁰ Darauf folgte zunächst eine Förderung der finnischen Kultur durch die russischen Herrscher, um die schwedische Kultur in Finnland zu schwächen.¹¹ Von den 1820er Jahren an begründete J. V. Snellman, ein Schüler Hegels, den finnischen Nationalismus.¹² Zum Ende des 19. Jahrhunderts setzte jedoch die Phase der Russifikation im Baltikum und Finnland ein, wodurch der Konflikt mit der russischen Herrschaft massiv zunahm.¹³ Als 1914 der erste Weltkrieg ausbrach und Finnland als russisches Großherzogtum auf der Seite des Zaren involviert wurde, gingen einige tausend Freiwillige nach Deutschland, um unter einem preußischen General gegen Russland zu kämpfen.¹⁴ Dies nannte man die „Jäger“-Bewegung; noch heute sind Einheiten der finnischen Streitkräfte danach benannt.¹⁵

³ Vgl. Singleton, Fred: A Short History of Finland. Cambridge, 1989. S. 111ff.

⁴ Seit 2000 ist Tarja Halonen Präsidentin der Republik Finnland. Sie wurde Anfang 2006 wiedergewählt.

⁵ Vgl. Virtual Finland: Traditional festivities. November 2001.
<http://virtual.finland.fi/netcomm/news/showarticle.asp?intNWSAID=26049> (eingesehen am 20.07.06).

⁶ Vgl. Singleton, S. 19ff.

⁷ Vgl. Ebd., S. 76ff.

⁸ Das Svenska Teater (www.abosvenskateater.fi) ist das größte Theater Südwestfinnlands. Die Åbo Akademi (www.aboakademi.fi) ist die schwedischsprachige Universität Finnlands.

⁹ Vgl. Ebd., S. 51ff.

¹⁰ Vgl. Ebd., S. 185.

¹¹ Vgl. Ebd., S. 94ff.

¹² Vgl. Ebd., 73ff.

¹³ Vgl. Ebd., S. 94ff.

¹⁴ Vgl. Finnish Embassy Riga: History. The Finnish Jäger Movement.
<http://www.finland.lv/doc/en/embassy/jaeger.html> (eingesehen am 20.07.06).

¹⁵ Vgl. The Finnish Defence Forces: Utti Jaeger Regiment. English Summary.
http://www.mil.fi/maavoimat/joukot/utjr/summary_en.dsp (eingesehen am 15.09.06).

Die Zeit der Fremdherrschaft bis 1917 ist für das nationale Empfinden Finnlands sehr bedeutsam. Für jeden Finnen reicht ein Blick in die Geschichtsbücher, um zu wissen, wie wenig selbstverständlich die Souveränität Finnlands ist.

Als Finnland nun 1917 nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft seine Unabhängigkeit erlangte, fand es sich nach den Wirren des ersten Weltkriegs zwischen der alten Großmacht Schweden, dem besiegten Deutschen Reich, von dem sich Finnland Unterstützung erhofft hatte, und einem sich noch im Bürgerkrieg befindenden Russland wieder. Doch schon bald sollte die Sowjetunion entstehen und damit auch der entscheidende Faktor für das Überleben oder das Vergehen der finnischen Republik. Moskaus Interesse an dem nordwestlichen Nachbarn wird anhand der geostrategischen Lage deutlich. Finnland ist für Russland beziehungsweise war für die Sowjetunion von defensiv strategischer Bedeutung.¹⁶ Das heißt, ein Angriff einer anderen Macht auf den Nordwesten Russlands über Finnland sollte verhindert werden. Finnland hatte vereinfacht dargestellt zwei Möglichkeiten: Entweder den Anschluss an ein gegen die Sowjetunion gerichtetes Bündnis oder die Neutralität.¹⁷

Die finnische Außenpolitik verfolgte zunächst die erste, gegen die Sowjetunion gerichtete, Variante. Anfang der 1930er Jahre wandelte sich die Ausrichtung in eine eher neutrale Position, manifestiert in dem sowjetisch-finnischen Nichtangriffspakt von 1932.¹⁸ Trotzdem griff die Sowjetunion Ende 1939 Finnland an. Die weit unterlegenen finnischen Truppen konnten einen sowjetischen Durchbruch jedoch verhindern und letztlich den Frieden von Moskau erreichen, der für das Land erhebliche Territoriumsverluste bedeutet.¹⁹ Nach dem Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion brachen die Kampfhandlungen von der sowjetischen Seite ausgehend jedoch wieder aus. Truppen der Wehrmacht unterstützten nun die finnischen Verbände und drängten die sowjetischen Aggressoren in die Defensive. Bedeutsam war später, dass Finnland sich nicht in die Pläne Hitlers einspannen ließ. Finnland war darauf bedacht, sich nicht als deutscher Satellitenstaat klassifizieren zu lassen. Im September 1944 verhandelte die finnische Regierung einen Waffenstillstand mit Moskau und versprach die deutschen Truppen aus dem Land zu weisen. In Südfinnland verlief dies ohne Kampfhandlungen, in Lappland führten die deutschen Truppen jedoch einen brutalen langsamen Rückzugskrieg, der unter anderem Rovaniemi, die Hauptstadt Lapplands, zerstörte.²⁰

Bemerkenswert ist, dass das Land als einziger kontinentaleuropäischer Kriegsteilnehmer nicht besetzt wurde und die finnische Republik den Krieg institutionell letztlich unbeschadet überstanden hatte. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich die Situation für Finnland folgendermaßen dar: Deutschland, der Gegenpol zu Russland in beiden Weltkriegen, war besiegt; die Sowjetunion hatte den Krieg gegen Hitler-Deutschland gewonnen und war zur neuen Weltmacht aufgestiegen. Finnland konnte jedoch einen von den Sowjets diktierten Frieden aushandeln, der dem Land hohe Reparationen und die mit einer Massenflucht verbundene Abtretung Kareliens, einer kulturell sehr wichtigen Region, kostete.²¹ Wollte Finnland als unabhängiger Staat weiter existieren, war es wieder vor die Frage gestellt: Bündnis gegen die Sowjetunion oder Neutralität. Erstere Option kommentierte der von 1956 bis 1981 amtierende finnische Präsident Urho Kaleva Kekkonen fol-

¹⁶ Vgl. Visuri, Pekka: Neutral Military Security in a Changing Europe. A Finnish Perspective. In: Neuhold, Hanspeter (Hg.): The European Neutrals in the 1990s. New Challenges and Opportunities. Boulder/Colorado, 1992. S. 49f.

¹⁷ Vgl. Kekkonen, Urho: Finnlands Weg zur Neutralität. Düsseldorf, 1975. S. 20f.

¹⁸ Vgl. Ebd.

¹⁹ Vgl. Singleton, S. 132ff.

²⁰ Vgl. Bohn, Ingrid: Finnland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München, 2005. S. 218ff.

²¹ Vgl. Wagner, Ulrich H. E.: Finnlands Neutralität. Eine Neutralitätspolitik mit Defensivallianz. Hamburg, 1974. S. 30ff.

gendermaßen: „In einem Bündnis gegen die Sowjetunion würde Finnland mit seiner vorgeschobenen Position immer zum ersten Kriegsschauplatz werden, ohne jedoch auf die Entscheidung über Krieg oder Frieden Einfluß ausüben zu können.“²²

Finnland musste die Neutralität suchen. Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand von 1948 legte die Grundlagen für die weiteren finnisch-sowjetischen Beziehungen. Das Vertragswerk erkannte die Souveränität Finnlands an, die finnische Regierung musste sich jedoch verpflichten, keine gegen die Sowjetunion gerichtete Aggression zu dulden. Die Sowjetunion versprach gegebenenfalls ‚beizustehen‘.²³ Die Linien waren klar abgesteckt: Sollte Finnland den Anschein erwecken, eine Einflussnahme von Dritten auf sein Territorium zuzulassen, würde die Sowjetunion dem zuvorkommen. In der politischen Praxis des Kalten Krieges wurde die Neutralität Finnland von Moskau genau überwacht und Helsinki war bemüht eine umfassende Neutralität zu demonstrieren, politisch wie militärisch. Gleichzeitig wurden die Beziehungen zur Sowjetunion jedoch gepflegt. Noch heute sind etliche Ausrüstungsteile der finnischen Armee aus sowjetischer Produktion.²⁴ Hingegen wurden beispielsweise die finnischen Sondierungen eines EFTA-Beitritts vor 1960 stets mit Blick auf Moskau unternommen und schließlich nicht mit dem Beitritt, sondern einer Assoziierten Mitgliedschaft, beendet.²⁵ Die offiziellen diplomatischen Kontakte mit der BRD und der DDR wurden erst 1973 in der Hochzeit der Entspannungspolitik wieder aufgenommen.²⁶ In der westdeutschen Politik entwickelte sich der abfällige Begriff ‚Finnlandisierung‘, der nach den Worten von Max Jakobson als ein Prozess definiert wurde, „durch den eine im Schatten eines militärisch mächtigen totalitären Staats lebende demokratische Nation allmählich der politischen Dominanz ihres Nachbarn erliegt und am Ende ihre innere Freiheit verliert.“²⁷ In Finnland stimmt man der Interpretation der Ereignisse von damals nicht zu.²⁸

Die Veränderung in der Haltung Finnlands begann sich während Gorbatschows Perestroika anzukündigen und manifestierte sich nach den Ereignissen zwischen 1989 und 1991. Finnland wurde 1986 EFTA-Vollmitglied und trat 1989 dem Europarat bei. Die finnische Neutralitätspolitik wandelte sich jedoch in kleinen und vorsichtigen Schritten. 1990 nahmen die ebenfalls neutralen Staaten Österreich und Schweden offiziell Kurs auf eine EU-Mitgliedschaft. Finnland wartete ab und stellte erst 1992 den offiziellen Beitrittsantrag, nachdem der russische Staatsstreich von 1991 gescheitert und die finnisch-russischen Beziehungen nach der Aufkündigung durch Finnland 1992 nicht mehr auf dem finnisch-sowjetischen Vertrag von 1948 basierten.²⁹

²² Kekkonen, S. 89.

²³ Vgl. Wagner, S. 37ff.

²⁴ z. B. Artilleriegeschütze. Vgl. The Finnish Defence Forces: Field guns.
http://www.mil.fi/maavoimat/joukot/tykpr/equip_en.dsp (eingesehen am 15.09.06).

²⁵ Vgl. Teräväinen, Erkki: Finnland droht Isolierung. Westdeutsche Ansichten über die EFTA-Entscheidung Finnlands. In: Hösch, Edgar/Kalela, Jorma/Beyer-Thoma, Hermann (Hg.): Deutschland und Finnland im 20. Jahrhundert. Wiesbaden, 1999. S. 133-167.

²⁶ Hierzu ausführlich: Väänänen, Yrjö: Finlandia – Bonn. Helsinki/München, 1996.

²⁷ Jakobson, Max: Finnland im neuen Europa. Berlin, 1999. S. 81f.

²⁸ Vgl. Ebd., S. 81ff.

²⁹ Vgl. Jakobson, S. 98ff.

2. Finnland und die Entwicklung der ESVP

2.1 Beitritt zur Europäischen Union

Mit dem Beitritt Finnlands zur Europäischen Union 1995 unterzeichnete das Land auch den Vertrag von Maastricht und akzeptierte somit auch die zweite Säule der EU, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die seit 1993 explizit auf die Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik verweist.³⁰ Finnland hat keine Ausnahmeregelungen verhandelt. Die beiden anderen Beitrittsstaaten von 1995 Schweden und Österreich haben dies ebenfalls nicht getan, obwohl auch sie bis heute militärisch neutral sind.

Wie der damalige finnische Ministerpräsident Esko Aho im März 1994 vor dem Eduskunta erklärte, kam die finnische Regierung zu der Ansicht, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht im Widerspruch zur Tradition der Neutralität stehe und Finnland als Mitglied der EU die weitere Entwicklung der ESVP, mit Blick auf die Regierungskonferenz 1996, mitbestimmen könne.³¹

2.2 Vertrag von Amsterdam

Die Verhandlungen um den Vertrag von Amsterdam 1997 waren die ersten für die ESVP wichtigen Regierungskonferenzen an denen Finnland als EU-Mitglied teilnahm. Der Vertrag von Maastricht verwies explizit auf die Rolle der Westeuropäischen Union (WEU) als „integral part of the development of the Union“³² und lies die weitere Einbeziehung der WEU offen. Diese Frage stand nun für die Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam auf der Agenda.³³ Während dieser Verhandlungen wurde von einigen Staaten, unter anderem Deutschland, eine Vollintegration der Westeuropäischen Union (WEU) in die EU angeregt, was Finnland, unter anderem mit Großbritannien und Dänemark, ablehnte.³⁴ Trotzdem formuliert der Vertrag von Amsterdam eine engere Anbindung der WEU an die EU und definiert das Politikziel einer „schrittweise[n] Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“.³⁵ Außerdem wurden die Petersberg-Aufgaben in den Vertrag aufgenommen, woran die bündnisfreien Neumitglieder Schweden und Finnland maßgeblich beteiligt waren. Die Regierungen beider Länder hatten mit einem gemeinsamen Memorandum vom 25. April 1996 zur Sicherheits- und Verteidigungsdimension der EU und ihrer Rolle im Bereich des Krisenmanagements³⁶ in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass auch friedenserhaltende und diplomatisch-friedensschaffende Maßnahmen, unter anderem mit dem Einsatz der militärischen Mittel von WEU und NATO über das Instrument der Combat Joint Task Force (CJTF)³⁷ gemeinsam oder nach Maßgabe des Prinzips der konstruktiven Enthaltung im EU-Ministerrat

³⁰ Vgl. Eur-Lex: Treaty on European Union. 29th July 1992. <http://europa.eu.int/eur-lex/lex/en/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> (eingesehen am 21.07.06). Article B.

³¹ Vgl. Prime Minister's Office: Statement by the Prime Minister to Parliament on the negotiation result with the European Union, 4 March 1994, Prime Minister Esko Aho. <http://www.valtioneuvoisto.fi/toiminta/selonteot/selonteot/en.jsp?oid=130195> (eingesehen am 15.09.06).

³² Vgl. Eur-Lex: Treaty on European Union. Article J.4.

³³ Vgl. Archer, Clive: Finland, Sweden, the IGC & Defence. ISIS Briefing Paper No. 8, January 1997. <http://www.isis-europe.org/ftp/download/bp-8.pdf> (eingesehen am 21.07.06). S. 3.

³⁴ Vgl. Archer, S. 6ff.

³⁵ Vgl. Eur-Lex: Vertrag von Amsterdam. <http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html> (eingesehen am 21.07.06). Artikel J.7 (1).

³⁶ Vgl. Memorandum by Finland and Sweden: The IGC and the Security and Defence dimension – towards an enhanced EU role in Crisis management. Helsinki/Stockholm, 25. April 1996.

³⁷ Siehe hierzu auch: NATO: The Combined Joint Task Force Concept. April 1999. <http://www.nato.int/docu/facts/2000/cjtf-con.htm> (eingesehen am 21.07.06).

durchgeführt werden können.³⁸ Besonderheit der finnisch-schwedischen Pläne war die Einbettung des EU/WEU-Krisenmanagements in den Verantwortungsbereich der UNO und der OSZE: Das Memorandum der beiden nordischen Staaten postulierte die „primary responsibility of the UN Security Council for international peace and security under the Charter as well as to the necessity to have a UN or an OSCE mandate for peacekeeping and crisis management“.³⁹ Gerade in der beabsichtigten Verschränkung der EU-Verteidigungspolitik mit den VN und der OSZE lag die Attraktivität des schwedisch-finnischen Vorschlags für die anderen bündnisfreien Länder (Irland und Österreich) sowie für die der Verteidigungsdimension der GASP eher reserviert gegenüber stehenden Mitgliedstaaten Großbritannien, Dänemark und Portugal.

Finnland zeigte mit dieser Initiative, dass das Land trotz seines neutralen Status ein europäisches Krisenmanagement unter dem Dach und im Auftrag der Vereinten Nationen durchaus befürwortet, einer unterhalb der Autorisierungsschwelle der VN angesiedelten, gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU jedoch Grenzen setzen will.⁴⁰

2.3 Die Europäische Rat von Köln und Helsinki

Im Kontext des Kosovo-Konflikts und der Richtungsänderung in der britischen Europapolitik im Hinblick auf die ESVP wurde die Ratspräsidentschaft Finnlands in der zweiten Hälfte 1999 besonders heikel.⁴¹ Seit dem Gipfel in Köln im Juni 1999 wurde die Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik vorangetrieben, am Ende der finnischen Ratspräsidentschaft stand ein Beschluss (Headline Goal), der den Aufbau einer Truppe von 50.000 bis 60.000 Soldaten zur Krisenbewältigung sowie kleinerer Eingreiftruppen bis 2003 veranschlagte.⁴² Politische und militärische Vorbereitungs- und Durchführungs-Gremien sollten geschaffen werden. Alles in allem sollte die EU im Rahmen der VN, der OSZE und des Europarats militärische und zivile Kapazitäten zum aktiven Krisenmanagement aufbauen.⁴³ Diese Entwicklung war aus der Sicht Finnlands eingebettet in die Reformen des Amsterdamer Vertrages.⁴⁴ Parallel zu diesen Entwicklungen lief die KFOR-Mission an, Finnland beteiligte sich mit bis zu 800 Soldaten.⁴⁵ Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde die ESVP einen entscheidenden Schritt vorangebracht, die finnische Regierung versuchte trotz der zurückhaltenden öffentlichen Meinung in Finnland nicht die Entwicklung zu bremsen, sondern führte die EU in dieser ernsten Situation.⁴⁶ Finnland bot bis zu 2.000 Soldaten für die geplanten schnellen Eingreiftruppen an. Mit all diesen Beteiligungen do-

³⁸ Vgl. Archer, S. 6ff.

³⁹ Memorandum by Finland and Sweden, 25. April 1996.

⁴⁰ Vgl. The Finnish Government: Finland's Points of Departure and Objectives at the European Union's Intergovernmental Conference in 1996. 27.02.96. <http://europa.eu.int/en/agenda/igc-home/ms-doc/state-fi/finn.html> (eingesehen am 02.02.06).

⁴¹ Vgl. Rat der Europäischen Union: Joint Declaration Issued at the British-French Summit, St. Malo, 3.-4. December 1998. <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/French-British%20Summit%20Declaration,%20Saint-Malo,%201998%20-%20EN.pdf> (eingesehen am 02.02.06).

⁴² Vgl. Lindström, Gustav: The Headline Goal. (Updated April 2006). <http://www.iss-eu.org/esdp/05-gl.pdf#search=%22headline%20goal%202010%22> (eingesehen am 15.09.06).

⁴³ Vgl. Europäische Union: Helsinki European Council, Presidency Conclusions, 10. and 11. November 1999. http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_en.htm#annexes (eingesehen am 06.02.02). Punkt II, Anlage IV.

⁴⁴ Vgl. Tiilikainen, Teija: Finland – An Active Member of the Common European Security and Defence Policy. FES 04/2001. http://www.etla.fi/files/929_FES_01_4_defence_policy.pdf (eingesehen am 06.02.06). S. 61-64 (62).

⁴⁵ Vgl. Virtual Finland: Finnish Foreign Policy 1999. http://virtual.finland.fi/finfo/english/chronology/chrono1999_07.html (eingesehen am 06.02.06); Finnland ist über das Partnership for Peace-Programm der NATO eingebunden.

⁴⁶ Vgl. Tiilikainen, S. 62.

kumentierte Finnland eindrucksvoll, dass das Land trotz seines formalen Neutralitätsstatus willens und in der Lage ist, sich am Auf- und Ausbau einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu beteiligen.

Der Vertrag von Nizza setzte die Reformen der Europäischen Ratssitzungen von Köln und Helsinki in einen rechtlich verbindlichen Vertragsrahmen um, große Neuerungen wurden mit Ausnahme der Verfahren der „verstärkten Zusammenarbeit“⁴⁷ nicht vorgenommen.

2.4 Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE)

Der Vertrag über eine Verfassung für Europa enthält weitergehende Bestimmungen zur ESVP. Die Ernennung eines Außenministers, eine Solidaritätsklausel sowie die Möglichkeiten für eine „strukturierte bzw. engere Zusammenarbeit“ markieren die Eckpunkte des Reformpakets. Die finnische Position zu diesen Fragen lässt sich einer gemeinsamen Stellungnahme des finnischen Außenministers Erkki Tuomioja und seiner schwedischen Amtskollegin Laila Freivalds vom 11. November 2003 entnehmen. Das Dokument trägt die Überschrift „We want a stronger EU security policy“⁴⁸. Darin wird ein stärkerer europäischer Beitrag zur globalen Sicherheit gefordert, der durch ein breites Repertoire an Instrumenten stattfinden müsse. Diplomatie, Entwicklungshilfe, Handel, ziviles wie militärisches Krisenmanagement und Prävention werden hier genannt. Die beiden skandinavischen Außenminister sprechen sich jedoch gegen die strukturierte Zusammenarbeit aus, da dies Uneinigkeit demonstrieren würde. Vielmehr sollte die Operation Artemis⁴⁹, die politisch von allen gemeinsam getragen wurde, als Vorbild gelten. Ebenso wird deutlich gemacht, dass eine Beistandspflicht im Verteidigungsfall für beide Länder nicht akzeptabel ist. Die EU sei „a political alliance with reciprocal solidarity, not [...] a military alliance with binding defence guarantees.“⁵⁰

Eine Solidaritätsklausel im Falle von Naturkatastrophen und terroristischen Angriffen befürwortete die finnische Regierung jedoch. Zusammen mit Schweden, Österreich und Irland setzte sich Finnland mit einem entsprechenden Formulierungsvorschlag durch.⁵¹

2.5 Headline Goal 2010

Die 2004 vom Europäischen Rat beschlossenen Entwicklungsziele (Headline Goal 2010) wurden von Finnland früh befürwortet.⁵² Da diese Maßnahmen auf der Operation Artemis aufbauen und somit kleine Operationen von circa 1500 Soldaten unter VN-Mandat als Grundlage haben, sind diese Ziele mit den finnischen Vorstellungen konform. Eine stärkere ESVP in diesem Rahmen

⁴⁷ Vgl. Auswärtiges Amt: Vertrag von Nizza. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/eu/vertr_nizza.pdf (eingesehen am 06.02.06). Artikel 1, Punkt 6.

⁴⁸ Europäische Union: Laila Freivalds/Erkki Tuomioja: We Want a Stronger EU Security Policy, 11.11.03. http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/other/oth111103_en.pdf (eingesehen am 04.06.06).

⁴⁹ Erste eigenständige EU-Mission im Rahmen von 1.500 Soldaten unter Mandat der VN von Juni bis August 2003. Vgl. Rat der Europäischen Union: EU Military Operation in Democratic Republic of Congo (DRC/ARTEMIS). <http://consilium.europa.eu/showPage.asp?id=605&lang=de&mode=g> (eingesehen am 29.09.06).

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Vgl. The Finnish Government: Letter from the Foreign Ministers of Finland, Ireland, Austria and Sweden to Franco Frattini, the President of the Council of the European Union. 04.12.03. <http://www.valtioneuvo.fi/tiedostot/pdf/fi/48826.pdf> (eingesehen am 06.02.06).

⁵² Vgl. Ministry of Foreign Affairs: The EU General Affairs and External Relations Council to prepare the European Council meeting in December. Press release. 14.11.03. <http://www.valtioneuvo.fi/vn/liston/base.lsp?r=45000&k=en&old=1299&rapo=1240> (eingesehen am 02.02.06).

wurde zuvor nachdrücklich gefordert. Auch die Gründung der Europäischen Rüstungsagentur hat Finnland von Beginn an mitgetragen.⁵³ Die finnische Ratspräsidentschaft 2006 hatte sich unter anderem zum Ziel gesetzt, die Erfüllung dieser Ziele zu kontrollieren und voran zu treiben.⁵⁴ Finnland ist ein starker Befürworter des Headline Goal 2010 und hat dies auch militärisch unter Beweis gestellt. Finnische Truppen nehmen etwa an der EUFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina teil.⁵⁵ An dem Aufbau des Battle Group-Konzepts hat sich Finnland bisher an zwei dieser Einheiten beteiligt. Zusammen mit Schweden, Estland und Norwegen sowie Deutschland und den Niederlanden wurden Battle Groups aufgestellt. Besonders mit Schweden treibt Finnland die militärische Kooperation voran, um in der ESVP effektiv zu sein.⁵⁶

2.6 Die finnische Ratspräsidentschaft 2006

Das zweite Halbjahr 2006 hatte für die finnische Ratspräsidentschaft teils vorhersehbar, teils unvorhersehbar die ESVP in den Mittelpunkt gerückt. Dass die EUFOR-Mission im Kongo auch nach dem 1. Juli 2006 vor Ort sein würde, war abzusehen.⁵⁷ Finnland hatte damit die Verantwortung für Organisation, Außenvertretung und Koordination mit den VN. Der finnische Verteidigungsminister Seppo Kääriäinen bekundete am 3. Juli 2006 während eines Treffens mit dem deutschen Befehlshaber der Mission Generalleutnant Karlheinz Viereck die Unterstützung des Einsatzes. Finnland beteiligt sich mit einigen Militärärzten und -Sanitätern sowie drei Stabsoffizieren. Der Einsatz verlief bis auf einen Zwischenfall relativ ruhig und die finnische Ratspräsidentschaft setzte sich nicht unnötig in Szene.⁵⁸

Für die finnische Ratspräsidentschaft überraschend kam jedoch der Krieg zwischen Israel und der Hisbollah an der israelisch-libanesischen Grenze. Die Geschehnisse in Nahost und das Handeln der EU beziehungsweise der Nationalstaaten haben eindrucksvoll vor Augen geführt, wer in Fragen der ESVP das Sagen und welchen Einfluss Finnland hat. Schon bald brachen Javier Solana und die Außenminister Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs in den Nahen Osten auf. Die Entscheidung über das Zustandekommen eines nennenswerten EU-Beitrags wurde schließlich durch die Zusagen aus Paris, Berlin und Rom getroffen. Finnland beteiligt sich zwar auch mit bis zu 250 Soldaten an dem Einsatz. Der finnischen Regierung wurde jedoch auf die Rolle des Organisators der Ratssitzungen beschränkt; Mitspracherecht oder Einfluss hatte sie kaum.⁵⁹ Der finnische Außenminister Erkki Tuomioja beschwerte sich sogar öffentlich, dass die kleinen Mitgliedsstaaten übergangen würden.⁶⁰

⁵³ Vgl. Ebd.

⁵⁴ Vgl. Finland's EU Presidency: Letter by the Minister of Defence, Seppo Kääriäinen, to his colleagues. 30.06.06. www.eu2006.fi/.../vko27/en_GB/1152013368714/_files/75498378884743646/default/kaariainen_letter.pdf (eingesehen am 28.09.06).

⁵⁵ Vgl. European Union Force in Bosnia and Herzegovina: EUFOR Troop Strength. 21.09.06. http://www.euforbih.org/organisation/050810_strength.htm (eingesehen am 28.09.06).

⁵⁶ Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition): Finland to work with Sweden on EU combat forces. 18.05.04. www.hs.fi/english/article/Finland+to+work+with+Sweden+on+EU+combat+forces/1076152761245 (eingesehen am 28.09.06).

⁵⁷ Vgl. Ebd., 30.01.06.

⁵⁸ Vgl. Die Welt: Kongo: Kabilas Koalition gewinnt Parlamentswahl. 08.09.06. <http://www.welt.de/data/2006/09/08/1028588.html> (eingesehen am 15.09.06); Finland's EU Presidency: Declaration by the Presidency on behalf of the European Union on the elections in the Democratic Republic of the Congo. 04.08.06. http://www.eu2006.fi/news_and_documents/cfsp_statements/vko31/en_GB/1154694336315/?u4.highlight= (eingesehen am 15.09.06).

⁵⁹ Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition): Tuomioja chairs EU foreign ministers' meeting on Lebanon. 25.08.06. <http://www.hs.fi/english/print/1135221212967> (eingesehen am 15.09.06).

⁶⁰ Vgl. Ebd.: Foreign Minister Tuomioja criticises EU for "wrong kind of transparency". 08.08.06. <http://www.hs.fi/english/print/1135220973226> (eingesehen am 15.09.06).

3. Die offizielle Position zur ESVP

Die finnische Position basiert im Kern auf der Unterscheidung zwischen europäischem Krisenmanagement und gemeinsamer territorialer Verteidigung.⁶¹ Wie Ministerpräsident Vanhanen, anlässlich des letzten Finnish Security and Defence Report 2004, vor dem Parlament erklärte, bleibt Finnland militärisch nicht verbündet.⁶² Dies kann man der Formulierung nach jedoch nur noch im Hinblick auf eine klassische Beistandspflicht feststellen. Im Bereich Krisenmanagement befürwortet Finnland entschieden den Aufbau entsprechender Kapazitäten, diese Linie wurde seit dem Vertrag von Amsterdam beibehalten.⁶³ Einen Bruch mit der traditionellen Neutralität bedeutet dies nach finnischer Lesart nicht. Vielmehr, so Vanhanen 2004 vor dem Parlament, beschreibt militärische Neutralität nicht die finnische Außenpolitik. Er betonte, dass sich Finnland in der EU in einer politischen, nicht in einer militärischen Allianz befindet. Die Entwicklung zivilen Krisenmanagements wurde von finnischer Seite ebenso seit langem betont.⁶⁴

Die Unterscheidung zwischen der Einbindung in die ESVP auf der einen Seite und die Bündnisfreiheit auf der anderen Seite ist jedoch fraglich. In einem Interview mit der Helsingin Sanomat im September 2004 sagte die französische Verteidigungsministerin Alliot-Marie, dass Bündnisfreiheit in der EU nichts bedeutet.⁶⁵ Die Helsingin Sanomat selbst hat im gleichen Monat ein Editorial mit dem Titel „Non-Allied“ has become an empty and unnecessary phrase“ veröffentlicht.⁶⁶ Im August 2004 gestand Außenminister Erkki Tuomioja auch ein, dass sich ein Mitgliedsstaat in einem Konflikt, der andere Mitgliedsstaaten involviert, nicht neutral verhalten könne.⁶⁷

4. NATO-Mitgliedschaft

Die bisherigen Betrachtungen haben gezeigt, dass eine militärische Beistandspflicht eine klare Grenze der finnischen Sicherheitspolitik ist. Finnland hat in weiten Bereichen die Neutralität relativiert, im Militärischen bleibt es jedoch strikt bündnisfrei. Ändern könnte sich dies mit einer Vollmitgliedschaft in der NATO.

Bisher ist Finnland nur über das Partnership for Peace-Programm seit 1994 in die NATO eingebunden und nimmt so an KFOR- und ISAF-Einsätzen teil. Verpflichtet ist Finnland dabei nicht. Während des Präsidentschaftswahlkampf 2006 haben die Top-Kandidaten die Frage der NATO-

⁶¹ Vgl. Ojanen, Hanna: Sweden and Finland. What Difference Does It Make to Be Not-Aligned. In: Nina Graeger/Henrik Larsen/Hanna Ojanen (Hg.): The ESDP and the Nordic Countries. Four Variations on a Theme. Helsinki, 2002. S. 154-217 (164f).

⁶² Vgl. Prime Minister's Office: Prime Minister Matti Vanhanen's speech in the debate on the Security and Defence Policy report in Parliament on 20th December 2004.
<http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/base.jsp?r=90868&k=en&old=1300> (eingesehen am 02.02.06).

⁶³ Vgl. Ministry for Foreign Affairs: The EU General Affairs and External Relations Council to prepare the European Council meeting in December. Press Release. 14.11.03.
<http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/base.jsp?r=45000&k=en&old=1299&rapo=1240> (eingesehen am 06.02.06).

⁶⁴ Vgl. Ojanen, S. 168f.

⁶⁵ Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition): French Defence Minister: Non-Alignment Means Nothing in EU. 27.09.04. <http://www.hs.fi/english/print/1076154060161> (eingesehen am 06.02.06).

⁶⁶ Vgl. Ebd.: „Non-Allied“ Has Become an Empty and Unnecessary Phrase. 29.09.04.
<http://www.hs.fi/english/print/1076154135042> (eingesehen am 06.02.06).

⁶⁷ Vgl. Ministry of Foreign Affairs: Foreign Minister Erkki Tuomioja: The EU is the most important factor in Finland's security and defence policy. 20.08.04.
<http://www.vnk.fi/vn/liston/vnk.jsp?r=88091&k=en&rapo=20255> (eingesehen am 06.02.06).

Vollmitgliedschaft offen gelassen und ein Referendum vorgeschlagen.⁶⁸ Das Thema Militärbündnis bleibt in der finnischen Politik sehr sensibel. Die öffentliche Meinung ist eindeutig gegen einen NATO-Beitritt, konstant weit über 50 Prozent der Bevölkerung haben sich in der Vergangenheit gegen und nur um die 20 Prozent für einen Beitritt ausgesprochen.⁶⁹ Mit der Befürwortung der Vollmitgliedschaft gewinnt in Finnland niemand Wählerstimmen.

Trotzdem ist das Thema in Finnland kein Tabu, der ehemalige Präsident Ahtisaari sagte offen, dass die Frage wann und nicht ob lauten müsse.⁷⁰ Anlässlich des letzten nationalen Sicherheitsreports in 2004 wurde das Thema akut. Der Vorsitzende der Konservativen Jyrki Katainen befürwortete die NATO-Mitgliedschaft.⁷¹ Die sozialdemokratische Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Eduskunta Liisa Jaakonsaari äußerte, dass ein Beitritt nicht viel ändern werde.⁷² Eva Biaudet von der Schwedischen Volkspartei behauptete, Finnland sei durch die EU schon verbündet.⁷³ Der aktuelle Wortlauf zur NATO-Frage lautet „NATO-Option“. Es bleibt abzuwarten, wann die politische Führung die Bevölkerung überreden kann.

⁶⁸ Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition): Halonen and Niinistö: NATO decision up to the people. 24.01.06. <http://www.hs.fi/english/print/1135218481728> (eingesehen am 10.02.06).

⁶⁹ Vgl. Ebd.: Clear Majority of Finns Still Opposed to NATO Membership. 28.02.05. <http://www.hs.fi/english/article/1101978684236> (eingesehen am 10.02.06).

⁷⁰ Vgl. Ebd.

⁷¹ Vgl. Ebd.: New National Coalition Party chairman wants to activate NATO option. 07.06.04. <http://www.hs.fi/english/article/1076152937201> (eingesehen am 10.02.06).

⁷² Vgl. Strand, Jukka-Pekka: CFSP Watch 2004. Finland. <http://www.fornet.info/CFSPannualreports2004/CFSP%20Watch%20Finland.pdf> (eingesehen am 10.02.06).

⁷³ Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition): Finland's Military Non-Alignment No Longer Self-Evident Issue. 29.09.04. <http://www.hs.fi/english/print/1076154083129> (eingesehen am 10.02.06).

Schlusswort

Die finnische Sicherheitstradition der Neutralität erklärt sich aus der Erfahrung einer Jahrhunderte währenden Fremdherrschaft und einer geostrategischen Lage, die das Interesse Russlands hervorruft. Russland ist bis heute der wichtigste Faktor in der finnischen Sicherheitstheorie. In weiten Bereichen wurde die Neutralität trotzdem aufgegeben und selbst die finnische Regierung spricht von der EU als politischer Allianz in der Sicherheitspolitik. In der ESVP hat sich Finnland bisher äußerst konsequent und konstruktiv eingebracht. Finnland zählt trotz der weiterhin bestehenden militärischen Bündnisfreiheit zu den entschiedenen Befürwortern der ESVP.

Finnland hat die Mitgliedschaft seit 1995 genutzt, um sich als stimmberechtigtes Land in die Entwicklung der ESVP einzubringen. Dabei hat es auch demonstriert, welche Entscheidungen mit Finnland nicht zu treffen sind. Die Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam haben gezeigt, dass Finnland eine starke ESVP unter dem Dach der VN und der OSZE will, eine Vollintegration der WEU in die EU jedoch ablehnt. Dies hätte eine EU als militärisches Bündnis bedeutet. Während der Ereignisse des Jahres 1999 hat sich Finnland wieder positiv für ein europäisches Krisenmanagement eingesetzt und sich an dem KFOR-Einsatz mit 800 Soldaten beteiligt. Die Verhandlungen zum VVE haben abermals gezeigt, Finnland will eine starke ESVP, aber kein Militärbündnis. Die finnische Regierung unterstützt das Headline Goal 2010 und beteiligt sich entschieden an dessen Realisierung. Die bisherigen Ereignisse der finnischen Ratspräsidentschaft haben jedoch auch gezeigt, wo die Grenzen des finnischen Engagements liegen. Die Großen der EU geben in den harten Fragen der ESVP den Ton an.

Für ein langfristiges Gelingen der ESVP bedarf es aber eben auch dem Engagement kleinerer Länder wie Finnland. Sonst wird die ESVP keine europäische, sondern eine deutsch-französisch-britische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein.

Das konsequente Nein der Finnen zu einer militärischen Beistandspflicht im Falle eines Angriffs von außen, wie es bei den Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam und zum VVE deutlich gesagt wurde, ist derweil nicht fest zementiert. Die NATO-Mitgliedschaft ist die entscheidende Frage, was eine militärische Beistandspflicht angeht. Wenn Finnland Vollmitglied im atlantischen Bündnis wird, ist davon auszugehen, dass es einer militärischen Beistandspflicht auch im Rahmen der EU zustimmt. Die politische Führung Finnlands hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie in der Bevölkerung auch unbequeme Entscheidungen durchsetzen kann.⁷⁴

⁷⁴ Als Beispiel sei die Euro-Einführung genannt. Vgl. Blome, Nikolaus: Bedächtig, hartnäckig, erfolgreich: EU-Präsident Paavo Lipponen. In: Die Welt vom 29.12.99. <http://www.welt.de/data/1999/12/29/653942.html?prx=1> (eingesehen am 19.01.06). In der Frage der NATO ist jedoch zu erwarten, dass die Präsidentin und nicht die Regierung federführend sein wird, da das Präsidentenamt nach wie vor derartige Kompetenzen in der Außenpolitik hat. Vgl. Finlex: Grundgesetz Finnlands. <http://www.finlex.fi/pdf/saadkaan/S9990731.PDF#search=%22grundgesetz%20finnlands%22> (eingesehen am 30.09.06). Kapitel 8 – Internationale Beziehungen.

DIAS-Analysen

1	Rainer Winkler Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002	August 2003
2	Rouven Klein Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas	Oktober 2003
3	Michaela Hertkorn Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen)	November 2003
4	Heiko Borchert Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task	Dezember 2003
5	Heiko Borchert / Daniel Maurer Comeback, Toolkit, or Dissolution? Five Scenarios for NATO's Future	Januar 2004
6	Marc Houben Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management	Juli 2004
7	Michaela Hertkorn Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance. One Year After the War in Iraq	August 2004
8	Dimitrios Argirakos Die Bush-Doktrin	November 2004
9	Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld Under Full Sail in a Millenium of Migration? Enlargement in the East and "Push and Pull Factors" in the South	November 2004
10	Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld Ein libysches Märchen aus 1001 Nacht.	November 2004
11	Dustin Dehéz / Babak Khalatbari Die regionale Dimension der Globalisierung. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	Februar 2005
12	Marwan Abou-Taam Die Psychologie des Terrors – Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch- islamischen Gesellschaft	Februar 2005
13	Roman Schmidt-Radefeldt Die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee?	April 2005
14	Henrike Paepcke Another U.N. Secretary-General soon Decapitated?	Mai 2005
15	Babak Khalatbari Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft	Juni 2005
16	Dustin Dehéz Ein neuer Krieg am Horn von Afrika? – Die vergessene Friedensmission an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea	September 2005
17	Cornelia Frank Polens Sicherheitspolitik in der Transformation	Oktober 2005
18	Dustin Dehéz Somalia vor der Rückkehr der Übergangsregierung – Eine Anleitung zum Scheitern äußerer Interventionen	Oktober 2005

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Sicherheitskonferenz sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2007, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org